

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: 25.07.2023
Antragsnr.: 113/2023
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: VI/61
mit Referat:

erlanger linke
Stadtratsgruppe für soziale Politik

Erlangen, den 24.7.23

Vertagung TOP 23 - Sicherung der Wohnnutzung auf dem Grundstück des ehem. Schwesternwohnheims Hindenburgstraße 5 – 7

Antrag zur Tagesordnung des UVPA am 25.7.23

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Wir stellen den Antrag auf Vertagung von TOP 23 Sicherung der Wohnnutzung auf dem Grundstück des ehem. Schwesternwohnheims Hindenburgstraße 5 - 7

Begründung:

1. Der Stadtteilbeirat wurde nicht über die geplante Behandlung seines mit überwältigender Mehrheit (7:1) beschlossenen Antrages informiert. Angesichts des mit der Einrichtung der Stadtteilbeiräte verbundenen Beteiligungsversprechens bleibt hier nur die Vertagung.

2. Die Vorlage enthält überraschende Aussagen, zu deren Nachprüfung und fundierter Beantwortung jedenfalls wir, aber sicher auch der Stadtteilbeirat mehr Zeit als 5 Tage benötigen. Insbesondere überraschend ist die Aussage, aufgrund des (zur Zeit ruhenden !) Bebauungsplanverfahrens 475, welches u.A. den Bau eines Parkhauses vorsah, ergebe sich, *„Die geplante Nutzung des Bestandsgebäudes als Verwaltung entspricht somit den im Aufstellungsbeschluss formulierten Zielen der Stadt Erlangen“*.

In Verbindung mit den erwähnten bereits erteilten Ausnahmen könnte der dem Ausschuss vorgeschlagene Beschluss von einer zur Genehmigung entschlossenen Verwaltung als (u.E. rechtlich fragwürdige) Genehmigung des Stadtrates verstanden werden, jetzt schon die Baugenehmigung für die Umnutzung des Schwesternwohnheimes zu erteilen. Sollte diese Absicht nicht bestehen, bitten wir um einen entsprechenden Protokollvermerk.

Unsere Informationen aus der Bauverwaltung ist dagegen, dass BP 58 weiter gültig ist, bis er durch einen neuen Bebauungsplan überplant ist, und dass dies durch das (ruhende) Bebauungsplanverfahrens 475 eben noch nicht erfolgt sei. Und dass die beantragte Umnutzung dem gültigen Bebauungsplan widerspricht.

Die Vorlage war für uns daher in dieser Form nicht vorhersehbar, und wir wurden auch vorher nicht informiert.

Mit freundlichen Grüßen

Fabiana Girstenbrei
(Stadträtin)

Johannes Pöhlmann
(Stadtrat)